

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einseitige Pettzeile oder deren
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 71

Fernruf 179.

Wildbad, Dienstag, den 29. März 1911

Fernruf 179.

55. Jahrgang

Wochenrundschau.

II.

Was wird nun aber Herr Lloyd George zu dem allem sagen? Sein getreuer Mann, Bonar Law hat ihn im Stich gelassen und er wird England einige Zeit den Rücken kehren, um in den Schweizer Bergen oder am Gestade des Mittelmeers oder gar in einem deutschen Heilort — obgleich Deutschland nach Lloyd George England nichts zu bieten hat — seine Galle wieder in Ordnung zu bringen, die Lloyd Georges Festlandpolitik in einen bedenklichen Dauerzustand der Ueberproduktion verfest zu haben scheint. Namentlich soll Bonar Law's Gemütszustand dadurch ins Kochen gekommen sein, daß sein verehrter Chef den Franzosen auch in der neuesten Besetzung des Ruhrgebietes nachgegeben hat. Lange genug hat der bisherige Führer der vereinigten Konservativen (Unionisten) Englands zugehört, wie der alte Demagoge aus dem Wallerland sich von den Pariser Herren schaukeln ließ. Jetzt hat er ihm aufgesagt und ist zurückgetreten. Zum Führer der Unionisten im Unterhaus wurde der bisherige Finanzminister Austen Chamberlain gewählt und dieser trat alsbald aus dem Ministerium aus, um gegen Lloyd George freie Hand zu bekommen. Das nur durch Bonar Law zusammengehaltene „Koalitionsministerium“, das aus den Unionisten und einem Teil der Liberalen während des Kriegs gebildet worden war und auf das Lloyd George, nachdem er seine eigene liberale Partei gespalten hatte, sich stützte, wird in absehbarer Zeit aus dem Leim gehen, es bröckelt jetzt schon ab. Damit ist aber auch die Herrlichkeit Lloyd Georges zu Ende. Nach Clemenceau Wilson und nach Wilson Lloyd George.

Lloyd George brach zusammen, als er dem Unterhaus den Rücktritt oder Abfall Bonar Law's verkündete. Es handelte sich um seine Sache. Seine „Erfindung“ der 50prozentigen Abgabe auf deutsche Einfuhrwaren stößt bei urteilsfähigen Engländern immer mehr auf Widerstand; die unionistische „Westminster Gazette“ nannte sie geradezu einen Bluff, zu deutsch: Schwindel, der vermeintlich die Deutschen ins Bodorn sagen sollte. Aber die Deutschen ließen sich diesmal, wo die betroffenen Interessentenkreise in erster Linie das Wort hatten, eben nicht „bluffen“, sondern sie beantworteten die „Sanktion“ mit einer anderen Sanktion: sie kauften nichts mehr von England, von Frankreich und von Belgien — diese letzteren beiden haben allein den Bluff nachgemacht, das unbedeutende Portugal kommt nicht in Betracht. Durch die famose „Reparationsbill“ wird England keinen Pfennig an der Kriegsschuldung bekommen, soweit als Frankreich durch die Besetzung des Ruhrgebietes; es kann wohl die offene deutsche Einfuhr vom englischen Markt vertreiben, dagegen verliert es seine Ausfuhr nach Deutschland. Bluff bleibt eben Bluff, wenn man es mit den richtigen Leuten zu tun hat.

Auch das gepriesene „Handelsabkommen“ mit Rußland, auf das Lloyd George den schlauen moskowitzischen Sendlingen hereingefallen ist und auf das er sich nicht wenig einbildete, findet in England wenig Anklang. Man findet, daß das bolschewistische „Versprechen“, Indien nicht gegen England aufzuwiegen, viel zu teuer erkauft ist, abgesehen davon, daß ein Versprechen der Moskowiter nicht viel mehr wert ist, als gewisse andere Versprechen, mit denen die leichtgläubigen Deutschen so schlimme Erfahrungen gemacht haben. Sollte Lloyd George nun selber —? das würde man ihm in England nie verzeihen. Alles wird dort verzeihen, nur die Dummheit nicht. Ganz besonders will ein anderer unionistischer Minister seines vielköpfigen Kabinetts — aus dem übrigens zwei andere als überzählig demnächst abgeschafft werden — von der Anerkennung der bolschewistischen Regierung nichts wissen, der Außenminister Churchill, der gegenwärtig in Ägypten und Palästina Erholung von einem ähnlichen Leiden sucht, wie es Bonar Law befallen hat. Man stimmt Lloyd George auch darin nicht bei, daß er die Bemühungen Lenins, eine Verständigung der feindlichen sozialistischen Parteien in Rußland herbeizuführen, für das Zeichen einer hohen Begabung hält. Lenin, der Bolschewist (von dem russischen Wort bolsche = mehr) will sich nämlich mit den Menschewiki (von mensche = weniger, die weniger wollen als die Bolschewiki, d. h., die nicht ganz so radikal sind) und den Sozialrevolutionären ver-

ständigen. Das Verhältnis ist nach deutschen Begriffen etwa das der Kommunisten, Unabhängigen und Sozialdemokraten. Eine starke Strömung in England ist der Ueberzeugung, daß Lenin und die Bolschewiki in Rußland am Ende seien, nachdem das Land wirtschaftlich zugrunde gerichtet ist. Darin sei es verfehlt, die bolschewistische Regierung vor ihrem unabwendbaren Ende noch anzuerkennen und so höchstens den Ausflugsprozess zum Schaden Englands zu verlangsamen, statt im richtigen Augenblick einzugreifen und gewaltsam ein Ende zu machen. So möchte es vor allem Churchill — Englische Sorgen, die uns nicht berühren. Aber sie sind für uns insofern von Interesse, als sie einen Maßstab geben für den „Nationalmännlichen Stil“ Lloyd Georges und erkennen lassen, wie sehr seine Macht bereits zusammengeschrumpft ist. Würde man in ihm nicht noch die Person sehen, die den Krieg gewonnen hat, — er wäre in der Reihenfolge der drei Getreuen wohl nicht der letzte geworden.

Schon seit einigen Wochen hat die „Deutsche Tageszeitung“ wiederholt genau ausgearbeitete Pläne über eine bewaffnete Erhebung der Kommunisten veröffentlicht. Die Berliner Sozialpolitik scheint sie nicht ernst genommen zu haben. Etwas unfaßlich wurde man erst an die herbe Wirklichkeit gemahnt durch den verunglückten Dynamitanschlag auf die Siegeshalle in Berlin am 13. März, auch auf das Völkerschloßidentum bei Leipzig soll ein Anschlag vorbereitet gewesen sein. Dann folgten Schlag auf Schlag die Entgleisungen der beiden Güterzüge bei Ammendorf (Provinz Sachsen), die so furchtbare Folgen hatten, des Schnellzugs Halle-Leipzig bei Dieskau, der Anschlag auf den Schnellzug Naumburg-Köln die Ausplünderungen der Kreis- und Postkasten in Mansfeld und Helbra, die Dynamitanschläge auf die Rathhäuser in oberwisch bei Auerbach im Vogtland und Hettstedt, ferner auf die Gerichtsgebäude in Leipzig, Dresden und Freiberg in Sa., die alle nach dem gleichen Plan ausgeführt wurden; endlich der bewaffnete Aufstand in Eisleben, Mansfeld, Wansleben, Hettstedt und Hamburg, wo leider viel Blut geflossen ist. Daß alle diese Vorgänge mit einander zusammenhängen und daß sie der kommunistischen „Propaganda der Tat“ zuzuschreiben sind, ist festgestellt. In Berlin hat die Kriminalpolizei eine ganze Gesellschaft überrascht, deren Mitglieder zugestandenemmaßen an dem Anschlag auf die Siegeshalle beteiligt oder in den Plan eingeweiht waren. Es sind lauter Mitglieder der kommunistischen Partei und Bolschewisten aus Rußland. Der „Vorwärts“ behauptet, der revolutionäre Vorstoß sei auf einen Befehl aus Moskau zurückzuführen. Angeblich geht die kommunistische Erhebung gegen die „Selbstschutzorganisationen“, deren Auflösung die Franzosen neuerdings verlangen, während das Abkommen von Spa nur die Entwaffnung forderte. Die Auflösung, wie sie tatsächlich der letzte Geheimpolizist der Reichsregierung ebenfalls anordnen wollte, ist übrigens durch den Reichstagsbeschluß abgelehnt oder doch nur bedingungsweise zugelassen worden, sofern nämlich die Mitglieder künftighin Uebertretungen des Verbots der Unterhaltung von offiziellen Beziehungen zum Heer sich zuzuschulden kommen sollten.

Das in Halle erscheinende kommunistische Blatt „Der Kampf“ fordert die „Proletarier Mitteldeutschlands“ auf, „Trotz geschlossen den Soldateneeren entgegen. Wartet nicht, bis man euch bestialisch heimtückisch hinmordet und zu Tode quält. Nehmt den Kampf auf der ganzen Linie an! Es lebt die Weltrevolution!“ — In der Provinz Sachsen gibt es aber gar keine Selbstschutzorganisationen, der sozialdemokratische Oberpräsident Hörsing hat sie schon vor mehreren Monaten verboten, auch im ehemaligen Königreich Sachsen, wo die Bombenanschläge erfolgten, hat die sozialistische Regierung sie längst aufgelöst. Hamburg hat keine „Orgele“ oder etwas dergleichen. In Bayern aber, wo die Einwohnerwehr noch im Besitz der Waffen ist, ist es merkwürdigerweise ganz ruhig geblieben. Das sind doch Tatsachen, die abgesehen von allem andern, zu denken geben. Sollen sich wieder Deutsche gegen Deutsche misbrauchen lassen? Im römischen Strafprozessverfahren galt als ein wichtiger Fingerzeig für die Ermittlung des Schuldigen die Feststellung der Frage Cui bono? Wem kommt's zugute? Ein alter römischer Staatsanwalt würde also wohl in einem Fall wie dem vorliegenden zu dem Schluß gekommen sein: Da die neuen blutigen Unruhen

gar nicht dort stattfinden, wo die bewaffneten Selbstschutzorganisationen noch vorhanden sind, sondern dort, wo sie längst aufgehoben sind, so kann der Kampf in Wirklichkeit ihnen auch nicht gelten. Den unmittelbaren Schaden haben ganz Unbeteiligte und allerdings in letzter Linie das ganze Reich zu tragen. Die Urheber werden aber auch ihren angeblichen Zweck nicht erreichen, sondern eher das Gegenteil. Denn mancher, der bis jetzt vielleicht auch die Auflösung der Selbstschutzorganisationen wünschte, wird sich jetzt sagen: Wenn es da keine blutigen Unruhen, Plünderungen und Zerstörungen gibt, wo man Selbstschutzorganisationen hat, so müssen diese doch ein wirksames Mittel zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sein und ihr Bestehen ist also berechtigt und wünschenswert. Wenn aber die Urheber der Unruhen weder ihren behaupteten Zweck noch sonst einen dauernden Vorteil außer der gelegentlichen Plünderung von Zigaretten- und Deckelkassenselbst oder einigen Post- und Sparlässen erreichen, dann müssen wohl ein anderer Dritter oder mehrere „Dritte“ bei der Sache beteiligt sein, die einen wirklichen Vorteil dabei zu erlangen glauben. Auf das Vorhandensein dieser Dritten weist die sorgfältige, planmäßige Vorbereitung hin, die Bewaffnung der Aufständlichen mit vielen tausend nagelneuen Gewehren, Maschinengewehren, Handgranaten und Bomben, die Organisation von Trupps usw. Die Bolschewisten in Moskau mögen sich vielleicht der Hoffnung hingeben, die „Weltrevolution“ auf Deutschland übertragen zu können, zu nungleich das immerhin auffallend ist in dem Augenblick, wo Lenin den Versuch macht, sich mit den gemäßigten Sozialisten in Rußland zu verständigen, nachdem der blutige Bolschewismus selbst in dem halbasiatischen Rußland seine Unmöglichkeit erwiesen hat.

Dagegen ist, so würde der römische Jurist wohl weiter schließen, ein Vorteil vielleicht nach einer anderen Seite zu erwarten. Frankreich hat einsehen müssen, daß mit den Pariser und Londoner Sanktionen so gut wie nichts gewonnen ist. In England ist man darüber nachgerade im klaren und man ist dort vielfach nicht geneigt, diese nutzlose Politik fortzusetzen, die nur Stimmung für Deutschland macht. Gewisse Kreise in Frankreich möchten aber die Sanktionen bis zum äußersten treiben und sie würden jeden Vorwand mit Eifer ergreifen. Die „Entwaffnung“ bietet dazu den besten Anlaß. Daß Deutschland nach einem schweren Krieg und zwei Revolutionsjahren außer den anderen Opfern nun noch 226 Milliarden Goldmark bezahlen kann, das begreift man in der ganzen Welt; daß aber Deutschland, wie man in Frankreich behauptet, immer noch große Waffenvorräte versteckt hält und immerzu neue Waffen herstellt, um über das arme unschuldige Frankreich eines Tages herzufallen, das kann man nicht billigen und diese immer wiederholte Anklage der französischen Regierung findet leichter Glauben; Briand hat es doch erst in der Kammer ausgesprochen, in Deutschland sei noch viel Material vorhanden, aus dem immer neue Waffen angefertigt werden. Die Bewaffnung der Kommunisten scheint die Anklage Briands zu bestätigen. Aber wie kommt es, daß Herr Briand so genau weiß, was selbst dem Herrn Reichsentwaffnungsminister verborgen geblieben ist? Die Hausdurchsuchungen nach Waffen bei friedlichen Staatsbürgern werden in Deutschland mit einer Pünktlichkeit und Strenge vorgenommen, von der man nur wünschen möchte, daß sie auch in anderen Dingen geübt würde. Warum hat aber die französische Regierung in ihrem Bündnisvertrag mit der Tschechoslowakei die Bestimmung aufgenommen, daß die tschechischen Divisionen ganz von selbst einmarschieren müssen, wenn in Deutschland eine kommunistische Revolution ausbricht? Warum hat die Tschechei schon seit Wochen einen Teil ihres an sich schon verhältnismäßig sehr beträchtlichen Heeres bereits auf Kriegsbasis gesetzt? Warum hat der tschechische Staatspräsident längst erklärt, dem tschechischen Heer stehe in diesem Jahre eine wichtige Aufgabe bevor und die Tschechoslowakei müsse sich auf große Ereignisse vorbereiten?

Fürwahr, ein merkwürdiges Zusammentreffen von Gründen, die für einen wirklichen oder vermeintlichen Nutzen zu sprechen scheinen, den Frankreich aus einer kommunistischen Erhebung haben könnte, während das deutsche Reich durch die neue Verwirrung, die abermalige Vernichtung von Millionenwerten, die Nichtleistung der so notwendigen Arbeit und Gütererzeugung, den größten Schaden haben muß, einen Schaden, an dem alle Reichsangehörigen, nicht zuletzt die Kommunisten selbst,

zu tragen haben werden. Je mehr aber das Reich durch Schwächung von innen heraus daran behindert würde, seine unglückseligen Vertragsverpflichtungen gegen den äußeren Feind zu erfüllen, desto mehr wird diesem der Scheiterngrund geliefert, mit immer neuen und schärferen Sanktionen das Elend Deutschlands zu vertiefen. — Inzwischen ist die Bewegung dank der besonnenen Haltung des großen Teils der Arbeiterschaft glücklicherweise fast überall so weit abgeklaut, daß die Gefahr als überwunden angesehen werden kann. Was sich jetzt noch der Ordnung entgegenstellt, das sind tolle junge Bur-schen und notorisches Gesindel, das eben im Trüben zu fischen gewohnt ist. Wie wäre es aber, wenn diejenigen, die sich so leicht verführen lassen, immer wieder neue Not über unser gemeinsames Vaterland heraufzubeschwören, sich künftig kühl und nüchtern die Frage vorlegen würden: Cui bono?

Der Aufruf im Mansfeldischen.

Eisleben, 28. März. Nach schweren, blutigen Kämpfen konnte sich eine Verstärkung der Schutzpolizei auf der Landstraße nach Eisleben durchschlagen, den Bahnhof besetzen und die im Seminar belagerten Mannschaften befreien. An den Barricaden wurde heftig gekämpft. Bei der Mädchenwollschule leisteten die Roten hartnäckigen Widerstand. Die Kommunisten zwangen unter Androhung des Erschießens alle Bürger zwischen 15 und 50 Jahren in das rote Heer, das über 8000 Mann stark ist, einzutreten. In Helbra wurde der evangelische Pfarrer fortgeschleppt; die Roten wollten ihn nur gegen hohes Lösegeld freigeben.

Eisleben, 28. März. Am Freitagabend wurde das Gewehrfeuer wieder lebhafter und in der Nacht zeitweise sogar heftig. Es erfolgten mehrere starke Bombenexplosionen. In der Stadt wurde geplündert. Die Polizei ging entschlossen vor. Einige Kommunistenführer wünschten mit dem Kommandeur der Schutzpolizei über Einstellung des Kampfs im Mansfeldischen zu unterhandeln. Der Kommandeur verlangte sofortige Ablieferung der Waffen und Herausgabe des geplünderten Guts gegen Zusicherung von Straffreiheit. Die Arbeit sollte sofort wieder aufgenommen werden. Die Kommunisten werden die Bedingungen ihren Leuten bekannt geben.

Halle, 28. März. Der Bandenführer Max Holz erließ den Befehl, alle Bürger ins rote Heer einzustellen. Wer sich weigere, soll erschossen werden. Die städtischen und Eisenbahnarbeiter haben die Arbeit niedergelegt.

Auf der Strecke Leipzig—Halle eutgleiste bei Großlugel der Hamburg-Leipziger Schnellzug dadurch, daß Verbrecher wieder die Schienen gelodert hatten. Die Maschine, der Bad-, der Post- und zwei Personenwagen glitten die Böschung hinunter und stürzten um. Der Lokomotivführer, ein Postbeamter und zwei Reisende wurden verletzt. Der Sachschaden ist bedeutend.

Magdeburg, 28. März. Nach den amtlichen Berichten haben die Roten über 10000 Mann unter Waffen. Die Führung der Bewegung haben überall Bolschewisten aus Rußland und Polen übernommen. In Eisleben allein treiben 60 Aufwiegler aus Rußland ihr Unwesen. Der in den betroffenen Städten angerichtete Schaden ist sehr hoch.

Düsseldorf, 28. März. Der Geldschrank der Stationskasse des Bülfer Bahnhofs wurde nachts erbrochen und um 430000 Mark beraubt.

Dortmund, 28. März. In einer kommunistischen Versammlung wurde zum Generalstreik aufgerufen. Die freien Gewerkschaften warnen die Arbeiter. Die Sicherheitspolizei wurde alarmiert. Starke Patrouillen durchziehen die Stadt.

Breslau, 28. März. Drei maskierte Männer drangen in den Kassenraum der märkischen Eisenbahn und raubten 84000 Mark.

Berlin, 28. März. In der Nacht stießen etwa 60 Personen, die aus einer kommunistischen Versammlung in Lichtenberg kamen, auf eine Streife der Schutzpolizei. Diese wurde martiniert und dabei ein Unterwachmeister mit seinem eigenen Karabiner durch Brustschuß getötet.

Der Volksentscheid erläßt mit Rücksicht auf die kommunistische Verheerung eine amtliche Warnung vor der Teilnahme an allen Versammlungen unter freiem Himmel und an Straßendemonstrationen.

München, 28. März. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Wendelin Thomas, der in einer Rede im Münchner Rindfleischler zur Empörung aufforderte, wurde auf dem Hauptbahnhof verhaftet.

London, 28. März. Die „Morning Post“ schreibt in einem Leitartikel zu den kommunistischen Unruhen in Deutschland, Lenin werde vielleicht an einem Tag versuchen, eine deutsche Siegesfäule in die Luft zu sprengen und am anderen Tag ein Handelsabkommen mit England zu unterzeichnen. Man könne jedoch nicht sicher sein, daß er beides für seine eigenen Zwecke sowohl in Rußland als auch im Ausland ausnützen werde. Es sei ganz klar, daß keinerlei Anzeichen für irgend eine wesentliche Veränderung in den Zielen, die die bolschewistischen Führer befolgten, bestehe. Die meisten unter ihnen seien Fanatiker und alle seien Schurken. Sie werden die Unzufriedenheit in Hamburg und Sachsen ausnützen, um kommunistische Verschwörungen in Deutschland anzuzetteln, in der Hoffnung, daß solche Manöver vielleicht zu einem Angriff auf Polen führen werden, und in der Gewißheit, daß dies als nützliche Propaganda in Rußland benutzt werden könne. Lloyd George habe vor kurzem schon von Anzeichen einer „Bekehrung der Bolschewisten“ gesprochen. Morgen werde Lenin wahrscheinlich von Anzeichen einer Bekehrung der Kapitalisten sprechen.

Neues vom Tage.

Anzeige gegen Polizeipräsident Böhner.

München, 28. März. Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtags hat bei der Reichsanwaltschaft in Leipzig und bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts München eine Anzeige gegen den Münchener Polizeipräsidenten Böhner wegen angeblicher Begünstigung im Amt eingereicht, da Böhner zu dem wegen Hochverrats verfolgten Kapitän Erhardt Beziehungen unterhalten habe. Als Zeugen werden u. a. genannt Ministerpräsident v. Kahr und Hauptmann Fischer.

Der Hilfskredit für Oesterreich.

Wien, 28. März. Im Hauptauschuß berichtete Bundeskanzler Dr. Mayr über seine Londoner und Pariser Verhandlungen. Die Lösung, daß die Darlehensfrage unter der Leitung des Völkerbunds stattfinden soll, erscheine ihm politisch und finanziell als eine glückliche. Es werde Sache der Volksvertretung sein, mit der Regierung darüber schlüssig zu werden, in welcher Höhe Oesterreich Kredite in Anspruch nehmen müsse und welche Sicherheiten es dafür bieten wolle. Die Verbündeten haben zugestimmt, daß nach Östern der Friedensvertrag von Trianon, durch den Besingarn an Oesterreich fällt, durch die Parlamente bestätigt werden solle. Er habe die Zusicherung von Frankreich erhalten, daß Oesterreich 200000 Tonnen Kohlen monatlich mehr als bisher zugewiesen werden sollen.

Angebotliche Unterredung mit Hindenburg.

Paris, 28. März. Ein Berichterstatter des „Petit Journal“ hat Marschall Hindenburg in Hannover aufgesucht. Der Marschall soll dem Zeitungsmann nach langem Zögern geantwortet haben, daß, wenn die Franzosen und Deutschen durch gegenseitige Reisen sich besser kennen lernen würden, vielleicht eine Entspannung und eine Besserung der Lage erzielt werden könne. Aber solange der Haß Frankreichs sich gegen Deutschland so lebendig zeige wie jetzt, obgleich man im Frieden sei, sei dies unmöglich, umso mehr, als die gegen Deutschland angewandten Mittel auch deutscherseits den Haß verschärften. Man sei im Friedenszustand, aber der moralische Krieg werde fortgesetzt. (Die Meldung erscheint wenig glaubhaft. Die Franzosen kennt man in Deutschland seit Jahrhunderten zur Genüge.)

Anschlag auf Giolitti.

Mailand, 28. März. Als Ministerpräsident Giolitti aus Rom für die Ostertage in seine Heimat Turin

reiste, wurde am 28. März in der Nähe von Anagnino eine Dynamitbombe gelegt. Die Bombe platzte aber erst, als der Zug über die Brücke weggefahren war. Die Brücke wurde vollständig zerstört.

Das amerikanische Rätsel.

London, 28. März. „Morning Post“ meldet: Das Nachrichtenbureau in Washington, das die meisten republikanischen Blätter mit Nachrichten speist, schreibt, Harding werde sich durch keinerlei Kniffe der europäischen Diplomatie (gemeint ist u. a. wohl die Reise des Franzosen Biviani nach Washington, um Harding durch einen Bündnisvertrag gegen Japan zu fördern) von seinem Plan abbringen lassen, Amerika in die alte Bahn vor dem Krieg zu bringen. Die Verbündeten hoffen auf die Unterstützung gegen Deutschland, aber sie sollen sich nur keiner Täuschung hingeben, Amerika werde sich in den Streit über die deutschen Zahlungen und die Erledigung des Friedensvertrags überhaupt nicht mehr einmischen. Amerika sei aus Europa heraus.

Berlin, 28. März. Das amerikanische Staatsamt hat die englische Botschaft in Berlin ersucht, von der deutschen Reichsregierung die Auslieferung des „fahnenflüchtigen“ Deutschamerikaners Vergdoll (der in Eberbach a. N. gefangen werden sollte) namens der amerikanischen Regierung zu verlangen, da die Vereinigten Staaten sich noch nicht im Friedenszustand befinden. (Fahnenflucht ist kein völkerrechtlicher Auslieferunggrund.)

Paris, 28. März. Ministerpräsident Briand erklärte vor dem Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten, der Gesetzentwurf über die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan müsse baldigt durchberaten werden. Gewisse religiöse Schwierigkeiten, die sich unter den Verbündeten gezeigt hätten, können leicht beseitigt werden, wenn Frankreich beim Vatikan vertreten sei. Der Gesetzentwurf wird nach Erledigung des Staatshaushalts auf die Tagesordnung gesetzt.

Stockholm, 28. März. Der Parteiausschuß der linkssozialistischen Partei hat die Moskauer Bedingungen angenommen. Eine Anzahl Mitglieder ist unter Führung des Reichstagsabgeordneten Venerström aus der Partei ausgetreten und hat eine neue Unabhängige sozialistische Partei gebildet.

London, 28. März. Reuter meldet aus Sydney: Der Premierminister des australischen Bundesstaats Hughes bestätigte die Nachricht, daß Weizenverkäufe an Deutschland stattgefunden haben und erklärte, daß die Frage der Wiederaufnahme des allgemeinen Handels in kurzem dem Parlament vorgelegt werden würde.

Vermischtes.

Hohes Alter. Die Witwe Margarete Sigloch in Jostenhausen bei Stuttgart feierte am Osterfest ihren 101. Geburtstag.

Auslieferung der Stegenzischen. In den nächsten Tagen werden auf Anordnung der französischen Regierung die französischen Gefangenen, die 1870—71 erobert worden sind, gemäß dem Versailles-Vertrag, ausgeliefert. Ferner sind zwei französische Bronzemünzen auszuliefern, die 1814 von den Württembergern bei Fere erbeutet wurden.

Oberammergau'sche Passionsspiele. Der Gemeinderat von Oberammergau hat fast einstimmig beschlossen, im Jahr 1922 Passionsspiele zu veranstalten. Die Aufkosten wurden auf über 1 Million Mark veranschlagt, während sie vor dem Krieg sich auf rund 200000 Mark beliefen.

Der Armegeier Thor Dahl, ein vielfacher Millionär, ist auf der Seereise nach Amerika verschwunden. Er soll im Rausch ins Meer gefallen sein, aber auch ein Verbrechen ist nicht ausgeschlossen.

Hungernot in China. Havas meldet aus Peking, die Hungernot in Honan, Szechin und Schich fordert schreckliche Opfer. In der Provinz Szechin sollen 50000 Personen an Entkräftigung gestorben sein. In der Provinz Schich müttet außerdem die Hungersnot.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Geldmarkt. Die deutsche Valuta hatte sich anfangs der Woche wieder erholt und war in einer stetigen Aufwärtsbewegung begriffen, als das Vertrauen zu unserem wirtschaftlichen Wiederaufbau sich durch den Anbruch in Mitteldeutschland und die Befürchte zu kommunistischen Nationen auch in Hamburg und Berlin unterbrochen wurde. In Zürich wurden 100 deutsche Mark am 24. März mit 9,27% Franken notiert, nachdem sie

deutungsvollen Geste nach dem verzerrten Rinde herangezogenen Schauerwort: „Hunger! Hunger!“

Nur unter Sonnengluten ist solch ein Elend ein erträglich. Die lebenspendenden Sonnenstrahlen, der tiefblaue Himmel, die äppige Natur ringsum mildern selbst die ärgsten Qualen.

Einen Blick nur tat Gerda in dieses sizilianische Elend. Aber ihr Herz erbebt bei dem Anblick soviel Jammers.

Noch niemals vorher hatte sie so tief bedauert, völlig mittellos zu sein.

Wenn sie ein paar Kupferoldi in die winzige Bettlarmenge warf und Dugende von abgezeigten Fingern darnach auf dem Boden herumkrallten — dann vergaß sie für kurze Zeit ihr eigenes Unglück.

Was bedeutet das Herzeleid eines einzigen Menschenkindes gegenüber solchem Riesensammer?

Olivia Roberts dagegen, die reiche Erbin, die Millionen — ihr eigen nennt — sie hat kein Herz für fremdes Leid. Nur an sich denkt sie, an ihren Kummer und an das Ziel, das zu erreichen sie sich vorgenommen hat.

Jeden Tag läßt sie durch den Steward Sir Reginalds Kabine mit frischen Blumen schmücken. Zwar war sie noch nicht selbst wieder bei ihm; aber die Blumen sollen ihn an sie erinnern.

Und Reginald, der zuerst glaubte, die Beissen und Drüden und Hektrope und Tuberosen kämen von Gerda, gewöhnt sich schließlich so sehr an diese einzige Freude in seiner aufgedrungenen Gefangenschaft, daß er mit Ungeduld jedem Morgen entgegensteht, der ihn den duftigen Gruß bringt.

Wald nach Olivias Besuch in seiner Kabine hatte er ein Billett an die Geliebte geschrieben und den Steward gebeten, es Fräulein Gerda Alving zu überreichen.

Wald das Billett darfehlt sein Ziel.

(Fortsetzung folgt.)

Unter Sonnengluten.

Ein südlicher Roman zu Wasser und zu Lande.

Von Erich Friesen.

34 (Nachdruck verboten.)

Das letzte Decken der Kabine läßt den sonst so leeren jungen Mann zusammensinken.

Heiße Rote steigt in seine Stirn, als er steht, wie Olivia rasch die Tür hinter sich schließt und direkt auf ihn zukommt.

„Ich habe eine Bitte an Sie —“ raunt sie ihm hastig zu, indem sie ihm einen ihrer unübersehbaren Blide schenkt. „Wollen Sie sie mir erfüllen?“

„Wenn es in meiner Macht steht —“ erwidert er leise.

Wahns Wächeln teilt ihre Lippen. Sie weiß, sie hat gewonnenes Spiel.

„Gewiß; Sie sollen mir nur versprechen — mit dem Ehrenwort — daß Sie außer mir niemand zu dem Gefangen dort hineinlassen werden! Hören Sie: n i e m a n d! Am allerwenigsten aber eine junge deutsche Dame, Fräulein Gerda Alving, die vielleicht bald nach ihm fragen wird. Und daß Sie auch keinerlei Kommunikation zwischen den beiden herbeiführen werden — set es durch irgendwelche Briefe oder sonstwie! Versprechen Sie es mir?“

Er blinzelt das schöne Weib an seiner Seite an, wie es sich ängstigt und zittert für — einen andern!

Und sein Haß gegen den Mann dort in der verschlossenen Kabine wächst und wächst.

Er beginnt, die ganze Tragödie zu verstehen, die sich zwischen diesen beiden heißen Herzen abspielt, und ein wahnsinniges Triumphgefühl beherrscht ihn, daß er, der unbedeutende junge Detektiv, in Gemeinschaft mit dieser überaus schönen Amerikanerin die Fäden 1922 in der Hand hält.

Ihm ist es auf einmal, als sei er ihr dadurch nähergerückt, als sei die Luft nicht mehr so groß, die ihn von der vornehmern Dame trennt.

„Ahn wenn ich Ihren Wunsch erfülle, Madame —“ fragt er leuernd, während es in seinen Augen aufblitzt.

„Ich werde mich Ihnen dankbar zeigen.“

„Wodurch?“

„Fordern Sie von mir, was Sie wollen!“

Nicht ahnt Olivia, welche furchtbare Folgen dieses Versprechen nach sich ziehen soll. Nur an Bezahlung des ihr geleisteten Dienstes durch Geld denkt sie. Und sie ist ja reich — schwerreich!

„Lohn!“

„Fräulein Alving hat seine Unverfrorenheit wiedererlangt. Redt Sie mir Olivia die Hand entgegen, die sie nur widerstehend ergreift.“

Als er aber diese zartgeäderte, juwelenglänzende Hand an seine Lippen nicht und einen feurigen Kuß auf die schlanken Finger drückt — da ist es Olivia, als müsse sie den Unverschämten von sich stoßen, ihm ihre ganze Verachtung ins Gesicht schleudern.

Sie tut es nicht.

Mit freudlichem Wächeln läßt sie ihn gewähren.

Olivia Roberts hat sich noch niemals Kopfschmerzen gemacht um die Folgen ihrer Koketterie, wenn sie dadurch etwas zu erreichen glaubt.

14. Palermo mit seiner zauberhaften Vegetation — vorüber.

Hin zieht der „Bismard“ nach Syrakus.

Wohl kaum ein Land der Welt, in dem es soviel Jammer und Elend gibt, wie auf Sizilien.

Überall Herden von Bettlern — jeder ein Paß Lumpen, Beize, Ueber, aus dem ein hohlwangiges, erdhafes Gesicht mit übergroßen, glanzlosen Augen und irgend ein verfallener Körperteil herausstarrt. Schmierzerprete Seufzer wimmern dem Vorübergehenden in die Ohren — aber brüllt von dem mit einer Be-

am 22. auf 9.40 von 9.20 am 19. gestiegen waren. In Amsterdam lautet die Notiz vom 24. 4.24 (4.25) Gulden, in Kopenhagen 9.85 (9.40) Kronen, in Stockholm 9.95 (7.10) Kronen, in Wien 11.58 (11.13) Kronen, in Prag 121.75 (121.25) Kronen, in London 2.44 1/2 (2.45 1/2) Schilling, in New York 1.61 (1.58) Dollar und in Paris 23 (22 sieben Achtel) Franken.

Börse. Die niedrigste Unterbrechung des Börsengeschäfts in Verbindung mit der Kommunitenputzende letzte der Effektenbörsen große Zurückhaltung auf. Die Kurse waren wenig verändert, da die Stimmung zunächst ziemlich fest blieb. Das meiste Interesse fanden noch Moniamerite, außerdem einige Favoritpapiere wie Deutsche Petroleum, desgleichen Bankaktien auf gute Dividendenausichten. Der Anlagemarkt war ruhig und ergab keine nennenswerten Schwankungen.

Produktenmarkt. Das Produktionsgeschäft ist zur Zeit sehr still. In Berlin hört die Vermehrung der Verhältnisse auf dem Mehlmarkt. Die Preise schwanken und bewegen sich nicht einheitlich. Am 24. März wurde in Berlin notiert: Viktoria 190—140 (und), Futtermehl 100—115 (— 5), Raps 220—220 (— 20 bis 30), Weizen 220—240 (— 20), Weizen 20—22 (+ 1), Stroh 17—19 (— 1/2), Weizen 127 (— 12) Mark.

Warenmarkt. Kohlen und Eisen waren diese Woche anregungslos und hatten wenig Veränderungen aufzuweisen. Die Beförderungsverhältnisse von Kohle werden immer schwieriger. Man spricht allgemein von einer nahe bevorstehenden Preissteigerung. Gewaltiges Aufsehen erregt die Herausgabe des Zeitungspapierpreises auf 4 Mark das Kilo, was eine sensationelle Bewunderung der Presse bedeutet. Der Aufschlag beträgt jetzt gegen den Preis von 2.00 pro Zentner. In Textilwaren ist die Nachfrage ungleichmäßig. Baumwolle und Wollepreise fallen, aber die Fabrikanten haben mit steigenden Kosten zu rechnen, und auch der Rohwollmarkt ist schon an der Grenze seiner Verletzbarkeit angelangt. Das Schuhgeschäft scheint sich in letzter Zeit zu den abwärts gerichteten Preisen etwas belebt zu haben. Auf den Hütemärkten gab es in letzter Zeit nur unbedeutende Preisveränderungen. In Kolonialwaren hat der Konsum in letzter Zeit wegen stark gestiegener Bestände statt gekauft, was zu einer Befestigung der Preise führte; an einen weiteren Abschwung ist zunächst jedenfalls nicht zu denken.

Lehrmarkt. Neue Buchdruckpreise sind nicht bekannt geworden, ausgenommen für Ferkel, die etwas nachgaben. Schlichterlei gibt es genug, doch wurde es bei dem verklärten Bedarf zu den Feiertagen etwas höher bezahlt. Die Pferdepreise sind fest geblieben.

Stehen der Baumwollpreise. Auf der Versteigerung deutscher Wolle in Halle betrug das Angebot 1000 Zentner. Die Preise rückten für Merinowolle bis um 300 Mark für den Zentner niedriger als bei der Versteigerung im Januar.

Starker Preisrückgang amerikanischer Baumwolle. Wie dem „Manchester Guardian“ gemeldet wird, hat die maßgebende Anas Reag Manufacturing Co. die Preise für gespinnene Baumwollwaren um 66 Prozent herabgesetzt. Dies ist die bedeutendste Preisveränderung, der je verzeichnet wurde.

Württemberg.

Stuttgart, 28. März. (Vom Landtag.) Der dem Landtag vorgelegte kleine Staatshaushaltplan für 1921 wird in der zweiten Aprilhälfte zur Hauptsprache gelangen. Er enthält gegen den Plan von 1920 wenig Veränderungen.

Stuttgart, 28. März. (Der Uebergang der Wasserstraßen auf das Reich.) Der Gesandtenrat betreffend den Staatsvertrag über den Uebergang der Wasserstraßen auf das Reich am 1. April ist dem Landtag als dringlicher Entwurf zugegangen. Er sieht zunächst nur den Redar von Balingen bis zur Landesgrenze vor. Bezüglich der oberen Donau von Ulm bis Rehlheim ist die Reichsverwaltung gegen den Widerspruch Württembergs der Auffassung Bayerns beigetreten, daß diese Strecke wegen ihres zur Zeit unbedeutenden Verkehrs nicht unter die nach der Verfassung zwangsünftig übergehenden Wasserstraßen fällt. Bayern ist aber bereit, den ihm gehörenden Teil der oberen Donau unter der Bedingung an das Reich zu übertragen, daß die dort zu gewinnenden großen Wasserkräfte ausschließlich für die Durchführung der Rhein-Donau-Verbindung nutzbar gemacht werden. Württemberg hat sich deswegen die Anweisung des Staatsgerichtshofs vorbehalten. Die Rechte der deutschen Uferstaaten am Bodensee gehen zunächst nicht an das Reich über. Die zwischen Württemberg, Baden und Hessen bestehende Schiffsverkehrsordnung und das württembergische Wasserrecht bleiben in Kraft. In der Zuständigkeit der Landesbehörden verbleiben insbesondere die Befugnisse zur Verleihung von Wasserbauverträgen am Redar und zur Erteilung der Erlaubnis für die Einleitung von Klüßigkeiten in diesen.

Stuttgart, 28. März. (Pferdemarkt.) Der heutige Stuttgarter Pferdemarkt wird am 18. und 19. April auf dem Ganntalwäldchen abgehalten.

Rudwigsburg, 28. März. (Eingemeindung.) Eine Bürgerversammlung in Ohweil hat sich mit der überwiegenden Mehrheit von rund 85 Prozent für die Eingemeindung Ohweils nach Ludwigsburg ausgesprochen. Die Wahl eines Ortsvorstehers für Ohweil wird noch verhandelt.

Müllingen, 28. März. (Zeitungs-Jubiläum.) Der „Echaz-Vote“, Amtsblatt und Chronik für die Stadt Müllingen und Umgebung, konnte in diesen Tagen auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß haben Verlag und Redaktion eine reichhaltige, mit Zeichnungen des heimischen Künstlers Max Auteuriel schon illustrierte Jubiläumssammlung herausgegeben, in welcher neben interessanten Beiträgen die Geschichte der Stadt Müllingen, verfaßt von Stadtpfarrer Dr. Maier, wiedergegeben ist. Der „Echaz-Vote“ wurde von F. Schwendmeier am 22. März 1896 gegründet, ging 1909 an den jetzigen Fachzeitschriften-Verlag G. Knapp über und befindet sich seit 1915 im Besitz der Firma Vertel u. Spörer, in deren Verlag auch der „Reutlinger General-Anzeiger“ erscheint.

Münchingen, 28. März. (Stuttgart als Bäckler.) Dem „Abboten“ zufolge geht das Remontedepot Breithülen am 1. April pachtweise an die Stadtgemeinde Stuttgart über, die es in der Hauptsache zur Aufzucht von Sandvieh verwenden will.

Gerabronn, 28. März. (Lebensmilde.) Die Witwe eines Baumhildbesizers in Amlshagen hat ihrem Leben durch Gift ein Ende gemacht.

Spaichingen, 28. März. (Raubanfall im Postwagen.) Am Mittwochabend wurde in dem von hier nach Wehingen fahrenden Postwagen zwischen Goshheim und Wehingen ein Fräulein von Wehingen, das Waren nach Wehingen in ihr Gepäck abgab und Geld dabei

erhalten hatte, getötet und ihrer Burschenschaft von Mk 4800 sowie einiger Schmuckstücken beraubt. Der Postillon wurde erst anmerklich, als das Fräulein bei der Gegenwehr eine Scheibe einschlug. Als er nachsah, entdeckte die Täter unerkannt, wobei sie zwei Schüsse abgaben. Sie waren in Denkingen eingestiegen.

Merkwürdiger Freispruch. Der 22jährige Kaufmann Otto Döbel hatte in einer Nacht im September v. J. den Dachstuhl eines Hauses in der Alexanderstraße in Brand gesteckt, wodurch ein Schaden von über 50000 Mark entstand. Döbel wurde, am Ramin lehnend und Lieder in die Nacht hinein singend, von dem brennenden Hause geborgen. Als Grund gab er vor dem Schwurgericht an, daß er aus Haß gegen seine Eltern gehandelt habe, da sie ihn als Homosexuellen nicht verstanden hätten. Der ärztliche Sachverständige stellte eine eigenartige Veranlagung bei dem Angeklagten fest. Die Geschworenen verneinten die Frage nach vorsätzlicher Brandstiftung. Döbel wurde daraufhin freigesprochen.

Böblingen, 25. März. (Brand.) In der Nacht zum Donnerstag ist ein großer Schuppen des Schreibermesseis Herrn Berner Jung abgebrannt. Ein Pferd und Schweine konnten gerettet werden, dagegen ist viel Nugholz vernichtet. An einem Nebengebäude wurde der Dachstuhl zerstört.

Seibronn, 24. März. (Der Osterhase.) Unter Führung ihrer Lehrer rüdten etwa 85 Kinder von Abstatt vor der Rehschule an. In Bäckchen und Säckchen hatte jedes irgend ein Ostergeschenk für arme ev. Schüler des südl. Stadteils.

Igersheim, O.A. Mergentheim, 25. März. (Wasserleitung.) Die Gemeinde wird eine Wasserleitung erbauen. Die Kosten sind einschließlich der Hausanschlüsse auf 630000 Mk. veranschlagt.

Schramberg, 25. März. (Tragischer Tod.) Am Palmsonntag sang Hauptlehrer und Organist Arnegger in besser Gesundheit den ersten Teil der Leidensgeschichte. Im zweiten Teil mußte für ihn ein Erbgang eintreten. Ein jäher Tod hat vorgeflehrt nach den fünfzigjährigen Altersjahr.

Baden.

Karlsruhe, 28. März. Von der Bestimmung, daß der ganze Schmittbereich auf den Vormittag verlegt werden kann, wird vorläufig kein Gebrauch mehr gemacht, damit die Unterrichtszeit besser ausgenutzt werden kann. — In den Schulen, besonders in Fortbildungsschulen und Handelschulen wird vor dem Anwerben zur Fremdenlegion gewarnt.

Mannheim, 28. März. Der Allgemeine Fabrikantenverein stellt fest, daß von einer Absicht, Mannheim zu verlassen, bis jetzt nichts bekannt ist und daß insoweit daran geknüpfte Befürchtungen wegen Nichtlieferungsfähigkeit der Mannheimer Industrie unbegründet sind.

Die Befürchtung, daß durch die Zollgrenze das Koch im Westen wieder angerissen werde, scheint sich schon zu bestätigen. Infolge der veränderten Zollverhältnisse im Westen werden französische Rotweine das Stück zu 6000 Mk. angeboten, während der deutsche Rotwein das zwei- und dreifache kostet.

Seit einigen Tagen wird die Brückenkontrolle der Fußgänger wieder scharf gehandhabt.

Infolge des niedrigen Wasserstands haben sich in den letzten Tagen wieder schwere Schiffsunfälle ereignet, so ist am 27. März ein Schraubendampfer der Schiffsahrtsgesellschaft Fendel gegenüber dem „Drachenfischer Grund“ so heftig aufgefahren, daß er ein bedenkliches Leck erhielt und auf der Stelle festlag. Auf den „Hirzenacher Veyen“ ist der Heckdampfer „Bronka“ mit samt seinem ganzen Schleppzug aufgefahren. Während es gelang, den Schlepper nebst zwei seiner Hängegeschiffe nach einigen Tagen wieder loszutreiben, stieß das dritte Hängegeschiff — ein großer Lastkahn von etwa 30000 Zentner Ladekapazität — fest. Der große Schleppkahn liegt schwerbeschädigt mitten im Rhein und bildet eine schwere Behinderung des Verkehrs. — An der beteiligten Fessengruppe „Die sieben Jungfrauen“ ist ein vor vielen Jahren gesunkenes Schiff, das mit Steinen beladen war, zum Vorschein gekommen. Die gesunkenen Felsen ragen heute etwa 3 Meter hoch aus dem Wasser, welches sie sonst gewöhnlich überflutet.

Bühl, 28. März. Die ledige Frida Bommel, Tochter des früheren Postboten, hat ihr neugeborenes Kind lebend in die Abortgrube der Wirtshaus „Altenburg“ geworfen. Die Täterin ist verhaftet.

Mersburg, 28. März. Oberreallehrer Jakob Schittenbauer an der Taubstummenanstalt, der eines Leidens wegen vor 14 Tagen seine Lehrtätigkeit aufgeben mußte, stürzte sich aus dem Fenster seiner Wohnung und starb kurz darauf.

Der Entschädigungsschwindel.

In der Pariser Wochenzeitschrift „Le Progres Civique“ (Nr. 82 vom 12. März), die sehr gut patriotisch ist und z. B. den Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland lebhaft zustimmt, lesen wir:

„Ein gewisser de Brugne erklarte jüngst vor dem Pariser Schwurgericht unter der Beschuldigung, Holzstapel für die Deutschen hergestellt zu haben. Was wir aber aus dem Prozeß hervorheben wollen, das sind die Enthüllungen, die er bringt über die „Ehrlichkeit“ mit der die Kriegsentzündungs-forderungen aufgestellt und über die Gewissenhaftigkeit, mit der sie geprüft werden. Es geht nämlich aus den Verhandlungen hervor, daß de Brugne als Vorschlag eine Summe erhalten hat, die höher ist als seine Verluste (345 000 Franken) und daß ihm darüber hinaus noch ein Kredit von 570 000 Franken erteilt ist. Im Jahr 1914 besaß er ein Vermögen etwa 40 000 Franken. Im Jahr 1920 forderte er vom Wiederbaubauamt fast zwei Millionen und erhielt von unfähigen oder bestochenen Beamten eine Million zugesprochen. Geben unsere Ogler und Loucheur (Minister für die bestrittenen Gebiete) durch solches Verfahren die Rechtmäßigkeit unserer Entschädigungsforderungen in den Augen Deutschlands und selbst in den Augen unserer Verbündeten zu rechtfertigen?“

Die Entschädigung Frankreichs und der übrigen

in Betracht kommenden Mächte soll bekanntlich der Nachprüfung der deutschen Regierung unterliegen, der man aber nur eine ganz kurze Frist dafür gewähren will, nachdem sich der Wiederherstellungsausschuß seinerseits über zwei Jahre lang Zeit gelassen hat. Wird dieser Anspruch einer kurzfristigen Erledigung aufrichtig erhalten, so bedeutet das Gewähren einer Nachprüfung nichts als eine Verhöhnung, hinter der die Absicht steht, die Höhe der Schadenerträge willkürlich zu bemessen. Wir haben früher schon Fälle angeführt, in denen französische Architekten, die mit der Abschätzung von Gebäudeschäden betraut waren, sich auf die ausgiebigste Weise bereicherten, indem sie, um ihre Gebühren zu erhöhen, die Abschätzung um ein Vielfaches übertrieben. Soll das deutsche Volk auch noch für den Schwindel bezahlen, der auf diese Weise betrieben wird?

Totales.

— Die Zuckerverteilung. Während im Wirtschaftsjahr 1919/20 insgesamt 8 190 000 Doppelzentner Zucker im Reich zur Verfügung standen, können für dieses Jahr voraussichtlich 9 8 Millionen Doppelzentner verteilt werden. Auslandszucker soll nicht mehr eingeführt werden. Für das laufende Jahr können die monatlichen Konsummengen in bisheriger Höhe voll erfüllt und Sonderzuweisungen gewährt werden. Ein Pfund wird gegenwärtig, ein weiteres Ende April verteilt; im Sommer ist die Verteilung von Einmachzucker in Höhe von drei Pfund je Kopf zu erwarten. Es ergibt sich im laufenden Jahr eine Mehrverteilung von 1 875 000 Doppelzentner Zucker.

— Das Zeitungspapier ist abermals im Preis erhöht worden. Das Kilo kostet jetzt 4 Mark, das ist gegenüber der Vorkriegszeit eine Verteuerung um genau 200 Prozent.

— Die Einkommensteuererklärung. Das Reichseinkommensteuergesetz vom 29. März 1920 ist durch die kürzlich vom Reichstag verabschiedete Novelle in wesentlichen Punkten geändert worden. Diese Abänderungen beeinflussen selbstverständlich die Einkommensteuererklärung, die nach der ergangenen öffentlichen Aufforderung von den Steuerpflichtigen mit mehr als 10 000 Mark Einkommen bis zum 31. März d. J. abzugeben ist. Den Steuerpflichtigen, die zunächst den Wortlaut der Novelle abwarten wollen und deshalb die Frist zur Abgabe der Steuererklärung nicht einhalten können, wird ein Rechtsnachteil nicht erwachsen. Gesuche um Fristverlängerung aus diesem Anlaß sind nicht erforderlich.

— Bahnsteigmarken. Die Reichseisenbahnverwaltung plant zur Vermeidung des Verbrauchs an Fahrkartentypen statt der bisher üblichen Bahnsteigkarten Metallmarken auszugeben, die aus Aluminium in der Größe der früheren Zweimarkstücke geprägt sind. Versuche damit sollen zunächst auf einem großen Berliner Bahnhof gemacht werden.

— Die Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise tritt am 1. Juni in Kraft, während der Posttarif mit Ausnahme des Zeitungstarifs bereits am 1. April wirksam wird.

— Kein Preisabbau für Güte. Der Zentralverein der Hutfabrikanten hat den vom Reichverband deutscher Hutgeschäfte beantragten Preisabbau abgelehnt.

Vermischtes.

Niesen und Zwerge im Weltall.

Daß unsere Erde nur ein kleines Sternchen im ungeheuren Welttraum ist, lehrt uns die Astronomie, aber so recht begreifen können wir es im Gefühl unserer stolzen Menschenwürde nicht. Es fällt uns ja so schwer, den Blick von den irdischen Dingen, die uns schon so riesig erscheinen, in die unendlichen Welten des Alls zu richten, und nur der Vergleich mit den anderen Himmelskörpern kann uns davon überzeugen, daß unsere Erde einer der winzigsten Zwerge im Kosmos ist. Solche Vergleichszahlen bietet Dr. S. Hopmann in einem inhaltreichen Aufsatz der „Deutschen Revue“. Schon wenn wir unsere Erde mit der Sonne vergleichen, erkennen wir, wie klein sie ist. Der Durchmesser der Sonne ist 109 mal so groß wie der der Erde, und diesem Durchmesser der Sonne entspricht eine Größe von 1 391 000 Kilometer. Wie groß die Sonne ist, dafür nur ein Beispiel. Die Sonnenflecken, diese riesigen glühenden Gaswirbel, die zugleich starke magnetische Kraftfelder darstellen, sind von der Erde aus nicht wahrzunehmen, wenn sie „nur“ so groß wie die Erde sind; sie müssen schon mehrmals so groß sein wie unsere ganze Welt, um für uns sichtbar zu werden. Im Verhältnis zur Sonne ist nicht nur die Erde, sondern auch alle Planeten Zwerge. Um ihre Größenverhältnisse anschaulich darzustellen, sei zunächst die Erde als ein Globus von 35 Zentimeter Durchmesser angenommen. Dann haben die Globen der übrigen Glieder des Sonnensystems folgende Maße: Venus 35 Zentimeter, Mars 20 Zentimeter, Merkur 14 Zentimeter, der Mond, 10 Zentimeter. Sehr viel größer als unsere Erde sind schon der Uranus mit 15 Meter, Neptun mit 18 Meter und gar erst Saturn mit 35, Jupiter mit 41 Meter. Die Sonne würde bei diesem Größenverhältnis mit ihren 40 Meter Durchmesser gerade noch Platz in der Kuppel des Berliner Doms haben. Was die Massenverhältnisse anbelangt, so beträgt die Masse der Sonne das 333 432fache der Erdmasse und ähnliche Zahlen ergeben sich für die anderen Planeten. Nimmt man als Vergleichsmaß für den Vergleich das Gewicht des Erdglobus mit 1 Kilogramm an, so beträgt das Gewicht von Venus 0,82 Kilogramm, Mars 0,14 Kilogramm, Merkur 0,06 Gramm, Mond 12 Gramm. Das Gewicht des Uranus beträgt 14,8 Kilogramm, das des Neptun 17,3 Kilogramm, das des Saturn 95,2 Kilogramm und das des Jupiter 318 Kilogramm. Die Masse der Sonne würde bei diesem Verhältnis also 333 432 Kilogramm wiegen. Die acht Planeten, die an Größe und Masse so sehr verschieden sind, sind aber doch alle noch riesen im Vergleich zu den übrigen Mitgliedern des Sonnensystems, den Planetoiden, von denen etwa 1000 heute bekannt sind. Nur bei den größten hat man bisher den Durchmesser bestimmt: so für Ceres 779 Kilometer, für Vesta 480 Kilometer, für Pallas 391 Kilometer. Im Vergleich mit einem Erdglobus von 37 Zentimeter Durchmesser würden dem etwa 1 Zentimeter starke Kugeln entsprechen. Bei den kleineren unter diesen Zwergen muß man die Menge des auffallenden Sonnenlichts berechnen und daraus auf ihren Durchmesser schließen, dann kommt man auf etwa 10 Zentimeter für die kleinsten unter ihnen oder, gemessen an dem Erdglobus von 37 Zentimeter auf minimale Kugeln von 1/1000000 Durchmesser. Die Gesamtmasse aller bisher entdeckten Planetoiden müßte auf etwa ein Neunhundertstel der Erdmasse geschätzt. Kann man diese Zwerge des Sonnensystems gemessen und Sternschnuppen veranschaulicht, so sind die Meteore und Sternschnuppen, die abwärts auf die Erde niederfallen, nur allerfeinste Vulkanstäubechen.

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920.

Auf Grund der heutigen öffentlichen Aufforderung sind zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet:

1. alle im Finanzamtsbezirke wohnenden oder sich dauernd oder nur vorübergehend aufhaltenden selbständig steuerpflichtigen Personen (Deutsche oder Nichtdeutsche);
2. sämtliche Personen, die, ohne im Deutschen Reiche zu wohnen oder sich aufzuhalten, in dem Finanzamtsbezirke Grundbesitz haben oder ein Gewerbe oder eine Erwerbstätigkeit ausüben oder Bezüge aus öffentlichen, innerhalb des Finanzamtsbezirktes gelegenen Kassen mit Rücksicht auf frühere oder gegenwärtige dienstliche oder Berufstätigkeit erhalten,

soweit die vorstehend Genannten nicht bei einem anderen Finanzamt eine Steuererklärung abgegeben und soweit sie im Kalenderjahr 1920 oder in dem während dieses Kalenderjahrs endenden Wirtschaftsjahr ein Einkommen von mehr als 10000 M. bezogen haben. Die Steuererklärung eines Ehemanns muß das Einkommen seiner Ehefrau mitumfassen, sofern die Ehegatten nicht dauernd voneinander getrennt leben.

Die Steuererklärung eines Haushaltungsvorstandes muß das Einkommen seiner zu seiner Haushaltung zählenden minderjährigen Kinder (eigene Abkömmlinge, Stief-, Schwieger-, Adoptiv- und Pflegekinder sowie deren Abkömmlinge) mitumfassen, soweit es sich nicht um Arbeitseinkommen der Kinder handelt.

Die Steuererklärung ist für Personen, die unter Pflegschaft oder Vormundschaft oder unter elterlicher Gewalt stehen und selbständig zur Einkommensteuer zu veranlagung sind, von dem Pfleger, Vormund oder Träger der elterlichen Gewalt abzugeben.

Wer durch Abwesenheit oder sonst verhindert ist, die Steuererklärung abzugeben, kann die Erklärung durch Bevollmächtigte abgeben lassen.

Für einen Steuerpflichtigen, der nach dem Beginn des Rechnungsjahrs, aber vor Abgabe der Steuererklärung verstorben ist, ist die Steuererklärung, soweit ein Testamentsvollstrecker oder ein Nachlasspfleger die Verwaltung des Nachlasses übernommen hat, von diesen Personen, andernfalls von den Erben abzugeben.

Dem Steuerpflichtigen steht es frei, die seinen Angaben in der Steuererklärung zugrunde liegenden Einzelberechnungen und andere zum Verständnisse seiner Angaben dienenden Erläuterungen und Zusätze in die Steuererklärung oder in eine beizufügende Anlage aufzunehmen.

Soweit es sich um Einkommen handelt, das nur durch Schätzung ermittelt werden kann, steht es dem Steuerpflichtigen frei, die Schätzung solcher Einkommensteile selbst vorzunehmen und unter Mitteilung der Tatsachen, auf die sich die Schätzung gründet, deren Ergebnis in die Steuererklärung einzutragen oder nur durch die Tatsachen anzugeben, die er zur Ermittlung des Einkommens beizubringen vermag.

Ist ein Einkommen auf Grund besonderer Buch- oder Geschäftsabschlüsse oder auf Grund von Bilanzen ermittelt, so sind Abschriften dieser Buch- oder Geschäftsabschlüsse oder Bilanzen der Steuererklärung beizufügen.

Die hiernach zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden ergebens aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks

in der Zeit vom 1.—31. März 1921

bei dem unterzeichneten Finanzamt einzureichen.

Entgegen der bisherigen Übung wird den Steuerpflichtigen in diesem Jahr ein Vordruck für die Einkommensteuererklärung von Amts wegen nicht zugesandt. Vielmehr haben die nach den vorstehenden Bestimmungen zur Abgabe einer Steuererklärung Verpflichteten den erforderlichen Vordruck auf dem Finanzamt oder den Ortssteuerämtern abzuholen. (Die Vordrucke werden dort vom 1. März an abgegeben.)

Die Einsendung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibbriefs. Mündliche Erklärungen werden von dem unterzeichneten Finanzamt während der Geschäftsstunden zu Protokoll genommen.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, wird mit Geldstrafen bis 500 M. zu der Abgabe der Steuererklärung angehalten; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Wer zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil eines anderen vorsätzlich bewirkt, daß die nach dem Einkommensteuergesetz zu entrichtende Einkommensteuer verkürzt wird, wird wegen Steuerhinterziehung mit einer Geldstrafe im fünf- bis zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnis und unter Umständen auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte sowie auf Bekanntmachung der Bestrafung auf Kosten des Verurteilten erkannt werden (§ 53 des Einkommensteuergesetzes und §§ 359 ff. der Reichsabgabenordnung). Wer fahrlässig als Steuerpflichtiger oder als Vertreter oder bei Wahrnehmung der Angelegenheiten eines Steuerpflichtigen bewirkt, daß die Einkommensteuer verkürzt wird, wird wegen Steuervergünstigung mit einer Geldstrafe bestraft, die im Höchstbetrage halb so hoch ist wie die für die Steuerhinterziehung angeordnete Geldstrafe (§ 367 der Reichsabgabenordnung).

Reuenbürg, den 28. März 1921.

Das Finanzamt.

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Kapitalsteuererklärung für das Steuerjahr 1920.

Auf Grund der heutigen öffentlichen Aufforderung ist zur Abgabe einer Kapitalertragsteuererklärung verpflichtet, wer Kapitalerträge der nachbezeichneten Art, die in der Zeit vom 31. März bis 31. Dezember 1920 fällig geworden sind, bezogen hat:

1. Zinsen von Hypotheken und Grundschulden, Renten von Rentenschulden,
2. Zinsen von Forderungen, die auf Grund einer Vereinbarung entrichtet werden, insbesondere aus Darlehen, Rationen, Hinterlegungsgeldern, Abrechnungsgeldern, Kontokorrent- und sonstigen Guthaben, Zinsen von Warenforderungen, gesetzliche Zinsen usw. (Sparlassen- und Bankzinsen sind nicht mit aufzuführen),
3. vererbliche Rentenbezüge,
4. Diskontbeträge von inländ. Wechseln und Anweisungen einschl. der Schatzwechsel,
5. alle ausländischen Kapitalerträge auch aus Wertpapieren.

Die Verpflichtung zur Abgabe einer Kapitalertragsteuererklärung besteht ohne Rücksicht auf die Höhe der bezogenen Erträge. Eine Begrenzung nach unten ist nicht gegeben.

Die Steuererklärung eines Ehemanns muß das Einkommen seiner Ehefrau mitumfassen, sofern beide Ehegatten steuerpflichtig sind und nicht dauernd von einander getrennt leben.

Für minderjährige Kinder hat der Träger der elterlichen Gewalt eine selbständige Steuererklärung auch dann abzugeben, wenn ihm die Nutznießung am Vermögen der Kinder zusteht. Für Personen, die unter Pflegschaft oder Vormundschaft stehen, ist die Steuererklärung vom Pfleger oder Vormund abzugeben.

Wer durch Abwesenheit oder sonst verhindert ist, die Steuererklärung abzugeben, kann die Erklärung durch Bevollmächtigte abgeben lassen. Für einen Steuerpflichtigen, der nach dem Beginn des Steuerjahrs, aber vor Abgabe der Steuererklärung verstorben ist, ist die Steuererklärung, soweit ein Testamentsvollstrecker oder ein Nachlasspfleger die Verwaltung des Nachlasses übernommen hat, von diesen Personen, andernfalls von den Erben abzugeben.

Dem Steuerpflichtigen steht es frei, die seinen Angaben in der Steuererklärung zugrunde liegenden Einzelberechnungen und andere zum Verständnisse seiner Angaben dienenden Erläuterungen und Zusätze in die Steuererklärung oder in eine beizufügende Anlage aufzunehmen.

Die hiernach zur Abgabe einer Steuererklärung Verpflichteten werden ergebens aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks

in der Zeit vom 10.—31. März 1921

bei dem unterzeichneten Finanzamt einzureichen. Für diejenigen Steuerpflichtigen, die zur Abgabe einer Körperschaftsteuererklärung verpflichtet sind, wird die Frist zur Abgabe der Kapitalertragsteuererklärung erst später bekanntgegeben.

Entgegen der bisherigen Übung wird den Steuerpflichtigen in diesem Jahr ein Vordruck für die Kapitalertragsteuererklärung nicht von Amts wegen zugesandt, vielmehr haben die nach den vorstehenden Bestimmungen zur Abgabe einer Steuererklärung Verpflichteten den erforderlichen Vordruck auf dem Finanzamt oder den Ortssteuerämtern abzuholen. (Die Vordrucke werden dort v. 1. März an abgegeben.)

Die Einsendung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibbriefs. Mündliche Erklärungen werden von dem unterzeichneten Finanzamt während der Geschäftsstunden zu Protokoll genommen.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, wird mit Geldstrafen bis 500 M. zu der Abgabe der Steuererklärung angehalten; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Wer zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil anderer vorsätzlich bewirkt, daß die nach dem Kapitalertragsteuergesetz zu entrichtende Kapitalertragsteuer verkürzt wird, wird wegen Steuerhinterziehung mit einer Geldstrafe im einfachen bis zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnis und unter Umständen auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte sowie auf Bekanntmachung der Bestrafung auf Kosten des Verurteilten erkannt werden (§ 12 des Kapitalertragsteuergesetzes, §§ 359 ff. der Reichsabgabenordnung). Wer fahrlässig als Steuerpflichtiger oder als Vertreter oder bei Wahrnehmung der Angelegenheiten eines Steuerpflichtigen bewirkt, daß die Kapitalertragsteuer verkürzt wird, wird wegen Steuervergünstigung mit einer Geldstrafe bestraft, die im Höchstbetrage halb so hoch ist wie die für die Steuerhinterziehung angeordnete Geldstrafe (§ 367 der Reichsabgabenordnung).

Reuenbürg, den 28. März 1921.

Das Finanzamt.

Brotarten-Abgabe.

Am Mittwoch den 30. März, von 9—12 Uhr.

Die Krankenzulagen

werden am Donnerstag, vormitt. von 9—12 Uhr und nachmittags von 2—4 Uhr abgegeben.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Union-Briketts

treffen für Fritz Kessler ein.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Am nächsten Donnerstag, den 31. März, vormittags 8 Uhr habe ich einen

großen Transport erstklassiger hochträchtiger

Kalbinnen und Kühe, sowie junge, erstklassige Kälberkühe

im Gasthaus zur „Krone“ in Höfen zum Verkauf, wozu Liebhaber freundl. einladet
W. M. Zündorfer aus Rexingen.

Hausbesitzer-Verein Wildbad.

Am Mittwoch, den 30. ds. Mts., abends 7 Uhr, findet im Hotel Maisch eine

Mitglieder-Verammlung

statt, wozu hiemit eingeladen wird.

Tagesordnung:

1. Mietjinstarif,
2. Besprechung des Reichsmietegesetzentwurfs.

Der Vorstand.

Heute frisch eingetroffen:

Schellfisch, Cabliau, Backfisch

Adolf Blumenthal.

Heute nachmittag von 4 Uhr an ist das

Fliegerkarussell

nochmals geöffnet.

Es ladet freundlich ein

Der Besitzer.

Bettlade

mit Rost und Matratze

zu verkaufen. Preis 420 Mk.

Auskunft erteilt die Tagblattgeschäftsstelle.

Johann Sacco .: Pforzheim

Deimlingstr. 42, Fernspr. 1129 (Dreher Ott)

Verzinnerer in sämtl. Metallen und Küchengeräten. Reparaturwerkstatt für Kupfer, Blech, Emaille und Aluminium etc. sowie Neuankfertigung von Kupfer-Geschirr aller Art.

Saubere Ausführung. Die Arbeit wird auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.

+ Frauen +

finden bei mir bei Ausbleiben der

monatlichen Regel

Hilfe und Rettung.

Bestellen Sie meine von langjährigen Fachleuten hergestellten erstklassigen auch in den hartnäckigsten Fällen

— sicher —

wirkenden Präparate.

Verzagen Sie nicht, denn durch meine Mittel werden auch Sie den Erfolg erzielen. Ich schenke Ihnen wieder, froh und glücklich werden. In 1—2 Tagen völlige Schmerzlösung. Unschädlich. Ohne Berührung, schriftl. Garantie beilieg. sonst Geld zurück. Cöten Sie mir mit, wie lange Sie zu klagen haben. Diskreter Versand.

Fr. A. Lemke, Hamburg 13, Rentzelstr. 17, III.

Schalte täglich Dankbriefe, welche die Wirksamkeit meiner Mittel bestätigen. Frau W. aus H. schreibt: Ich danke Ihnen von ganzem Herzen, denn durch den Gebrauch Ihrer segenspendenden Mittel bin ich wie vor von aller Not und Sorgen befreit. Gebraucht hat die Frauen, welche Ihre Präparate nicht verschmähen.

W. B. W.

Morgen Mittwoch nachmittags 5 Uhr im Hotel Maisch.

W. B. P.

Mittwoch Singstunde. Um vollständiges Erscheinen bittet der Dirigent.

Rose Pilgerfahrt.

Heute abend 8 Uhr Damen im Röhlen Brunen. Vollständiges Erscheinen dringend notwendig.

Teigwaren:

Feinste Maccaroni sowie Hörnle je per Pfund 3,50 Mk. empfiehlt Großmanns Beikateffengesch.

Landeier

per Stück Mt. 1.40 im Consumverein.

